Netzausbau

Neue Stromleitungen geplant

[04.05.2026] Die Bundesregierung will den Ausbau der Stromnetze beschleunigen und neue Leitungen planen. Ein Gesetzentwurf sieht 45 zusätzliche Projekte vor. Ziel sind mehr Planungssicherheit und geringere Kosten im Energiesystem.

Das Bundeskabinett hat vergangene Woche einen Gesetzentwurf zur Änderung des Bundesbedarfsplangesetzes beschlossen. Damit sollen 45 weitere Vorhaben für den Ausbau der Übertragungsnetze umgesetzt werden, wie die Bundesregierung mitteilt. Ziel sei es, Planungssicherheit zu schaffen, den Netzbetrieb zu stabilisieren und die Anbindung an europäische Stromnetze zu verbessern.

Die neuen Projekte umfassen nach Angaben der Bundesregierung 39 Wechselstromleitungen, drei Verbindungen zu Nachbarstaaten sowie zwei Gleichstromleitungen und eine Offshore-Anbindung. Die Notwendigkeit dieser Vorhaben habe die Bundesnetzagentur im Netzentwicklungsplan Strom 2023 bis 2037/2045 bestätigt. Sie seien auch im Entwurf der Übertragungsnetzbetreiber vom März 2026 enthalten.

Impulse für den Netzausbau

Bundeswirtschaftsministerin Katherina Reiche (CDU) sagte: „Heute setzen wir neue Impulse für den Netzausbau in Deutschland.“ Mit den zusätzlichen Projekten werde die Energiewende weiter vorangetrieben. Gleichzeitig solle der Ausbau kosteneffizienter werden, unter anderem durch den Einsatz von Freileitungen statt Erdkabeln. Nach Angaben der Bundesregierung können Freileitungen bei Gleichstromprojekten günstiger sein als Erdkabel. Dadurch könnten langfristig auch die Netzentgelte sinken. Zudem sollen Verbraucherinnen und Verbraucher entlastet werden, wenn neue Leitungen Engpässe im Stromnetz verringern.

Redispatch-Kosten reduzieren

Derzeit entstehen zusätzliche Kosten durch das Redispatch-Verfahren. Dabei wird die Stromerzeugung in Regionen mit begrenzter Netzkapazität reduziert und in anderen Gebieten erhöht. Sobald die neuen Leitungen in Betrieb sind, sollen diese Eingriffe nach Angaben der Bundesregierung seltener notwendig sein.

(al)

Weitere Informationen zum Netzausbau

Stichwörter: Politik, Gesetzentwurf, Katharina Reiche, Netzausbau